

„Anne Will“: „Milliarden für die Banker - Zahlen die Bürger die Zeche?“

(ARD, 19.10.2008, 21:40-22:45 Uhr; online verfügbar: <http://daserste.ndr.de/annewill/videos/annewill362.html>)

„Nach der Vorstellung von Bischof Huber, der natürlich großes Gottvertrauen hat und daher viel Vertrauen in diese Debatte legt, könnte es ja ganz wunderbar enden.“

(aus dem Schlusswort von Anne Will)

Gäste	Redezeit (jeweils einschließlich der von Anne Will gestellten Fragen; gerundete Werte)
Norbert Röttgen (parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)	17 Minuten (30,9 %)
Wolfgang Huber (Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland)	14 Minuten (25,5 %)
Carsten Maschmeyer (Co-Vorstandsvorsitzender der AWD Holding)	8,5 Minuten (15,4 %)
Ottmar Schreiner (Mitglied des SPD-Parteivorstands)	11 Minuten (20,0 %)
Ulrich Schneider (Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands)	4,5 Minuten (8,2 %)

Nr.	Zeit	Dauer	Anne Will	Gäste	Kommentar
1	00:00	2'43"	„Dient das Paket [gemeint ist das „Rettungspaket“ für die Banken] tatsächlich dem Schutz der Bürger [...], oder zahlen am Ende [...] doch die Bürger die Zeche? Und wo bleibt der Beitrag derer, die für die Misere eigentlich verantwortlich sind?“ Die Gäste werden vorgestellt.		
2	02:43	1'17"	Filmbeitrag: „Knapp 500 Mrd. Euro für notleidenden Banken: Wer soll das bezahlen, wenn alles schief geht und die Milliarden fällig werden? Otto Normalverbraucher?“ Auch sei der „ausgeglichene Haushalt 2011“ in Gefahr. Die Finanzierbarkeit von höheren Bildungsausgaben, eines „Konjunkturprogramm“ und die geplanten Steuererleichterungen stünden somit in Frage: „Ist letztendlich also der Bürger der Dumme oder wer sonst zahlt die		

			Zeche?“		
3	04:00	3'05"	„Herr Röttgen, bei allen Begründungsversuchen, die die Politik ja in der vergangenen Woche ja auch schon hervorgegeben [sic] hat: Wie erklären Sie sich, dass die Menschen ihnen [gemeint ist: den Politikern] dennoch misstrauen?“	Röttgen hat „dafür das vollste Verständnis“ für dieses Misstrauen. Denn die Personen, die über Jahre „hohen privaten Nutzen“ gezogen hätten, hätten „am Ende eine Blase produziert“: „Diejenigen, die „viel Vertrauen für sich in Anspruch genommen haben, haben Vertrauen beschädigt, Vertrauen zerstört“: Die gegenwärtige Krise sei „am allermeisten eine Vertrauenskrise“. „Verantwortungslose Akteure des Marktes selbst“ und nicht „Herr Lafontaine und Sozialisten und Populisten“ könnten „den Markt und das Vertrauen in Marktwirtschaft zerstören“. Unbeeindruckt von Anne Wills Nachfrage, wer denn nun für den finanziellen Schaden aufkomme, erklärt Röttgen, „die Wirtschaftsleistung der Bürger“ sei die „Grundlage [...] des Vertrauens, das der Staat in Anspruch nimmt“. Ob überhaupt ein „Schaden“ entstehen werde, könne heute „keiner sagen“.	Röttgen antwortet nicht auf die ihm gestellte Frage nach den Misstrauen der Bürger gegenüber den Politikern, sondern behauptet sogleich, „verantwortungslose Akteure des Marktes“ hätten die Krise verursacht. Er spricht auch nicht davon, dass sich doch wohl die meisten der angesprochenen „Akteure“ immerhin legal und gemäß den Vorgaben ihrer Arbeitgeber verhalten haben. Ebenso ist es für Röttgen kein Thema, dass der rechtliche Rahmen der Finanzmärkte bzw. sein Fehlen von der Politik zu verantworten ist. Wobei dann auch zu erwähnen wäre, dass die Berliner Regierungsparteien die Deregulierung der Finanzmärkte energisch vorangetrieben haben (vergleiche den Koalitionsvertrag).
4	07:05	1'37"	„Ist das Misstrauen berechtigt, Herr Schneider?“	Schneider stimmt Röttgen zu, glaubt aber, dass jedenfalls ein erheblicher Schaden entstehen werde, der dann auch aus Steuermitteln ausgeglichen werden müsse. Die Finanzkrise habe den aktuellen Konjunkturabschwung „enorm beschleunigt“. Schneider verlangt ein Konjunkturprogramm.	
5	08:42	2'19"	„Herr Schreiner, es sind geplant Milliarden für die Bildung, es sind Steuerentlastungen geplant [...], es steht an die Neuberechnung des Existenzminimums [...]:Glauben Sie, dass all das noch seriös finanzierbar ist?“	Schreiner bejaht und nennt die Erbschaftsteuer: In Deutschland würden jährlich „bis 250 Mrd. Euro“ vererbt. Anne Will unterbricht: „Herr Schreiner, ich wollte jetzt ungern eigentlich ins Detail von verschiedenen Steuer - [bricht ab]“ - Schreiner: „Ja, aber es geht um die Finanzierung von Bildung.“ - Will: „Ich wollte eigentlich fragen [...]: Ist das, was an Milliarden versprochen worden ist [...] noch seriös finanzierbar?“ Schreiner erklärt, dass schon die Besteuerung großer Erbschaften in dem in Großbritannien oder Frankreich praktizierten Ausmaß ein „vernünftiges Bildungssystem“ ermöglichen würde.	
6	11'01	0'49"	Will fragt Schreiner: „Warum haben Sie trotzdem dem Rettungspaket zugestimmt?“	Schreiner antwortet, wenn durch das Rettungspaket die Steuerzahler „betroffen“ seien, müsse „der entsprechende Rückgriff“ auf „die Finanzbranche“ vorgenommen werden, die sich in den letzten Jahren „dumm und dämlich verdient“ habe. Es gehe nicht an, dass nun „die Kindergärtnerinnen und die Stahlarbeiter“ die Zeche zu zahlen hätten.	
7	11:50	1'49"	„Rechnen Sie damit, Herr Huber, dass am Ende die Kindergärtnerinnen und die Stahlarbeiter die Zeche zahlen?“	Huber glaubt: „Wir alle zahlen die Zeche [...]“. Die „Sozialisierung der Risiken“ sei notwendig und im Interesse gerade der weniger wohlhabenden Bürger/innen gewesen. Huber fährt fort: „Gottseidank haben wir handlungsfähige Politik! [...] Ich kann nur sagen, ich habe einen riesigen Respekt davor, was in dieser Woche an Politik gemacht worden ist. [...] Wenn es uns jetzt nicht gelingt, auch die Art von Politikbeschimpfung hinter uns zu lassen, die wir über Jahr und Tag betrieben haben [...], dann machen wir einen riesigen Fehler. Und deswegen sage ich heute Abend zuerst: Hut ab vor der Politik und den politisch Verantwortlichen. Ich bin tief beeindruckt davon, was da gemacht worden ist [...]“.	Bischof Huber hält eine erstaunlich begeisterte Lobrede auf das, „was in dieser Woche an Politik gemacht worden ist“.
8	13:48	1'52"	An Huber: „Woraus speist sich dann aber das große Misstrauen?“	Huber erklärt, da seien zwei Unsicherheiten: Erstens könne die Bewältigung der Finanzkrise misslingen.	Die Meinung des Hauptes der Evangelischen Kirche in Deutschland zu dem politischen Ziel

				<p>Und zweitens sei da noch eine andere große Sorge: „Wir haben alle darauf gehofft, wir bekommen einen ausgeglichenen Bundeshaushalt [...]. [...] Und jetzt wissen wir nicht, ob die [...] Arbeit an den Risiken [...] nicht den Bundeshaushalt und dann alles andere auch mit in eine neue Gefahr reisst, die dann auch zur Folge haben würde, dass die Hoffnungen, die wir miteinander haben, nämlich dass dies ein sozial gerechteres Land wird [...], dass diese Hoffnungen überhaupt erfüllt werden können.“</p> <p>Es folgt noch ein mitreißender Appell des Bischofs: „Wenn wir miteinander jetzt nicht verzagt und kleinmütig sind, sondern wenn wir miteinander sagen, wir müssen das packen, ist das schon die Hälfte des Weges, dass wir’s auch tatsächlich packen.“</p>	<p>eines ausgeglichenen Bundeshaushalts entspringt ebenso wie seine Einlassungen bei Nr.41 evident der Gedankenwelt des neoliberalen Staatsverständnisses.</p> <p>Huber lässt leider offen, wie er sich die Verwirklichung seiner immerhin noch vorhandenen Hoffnung auf ein „sozial gerechteres Land“ vorstellt - vielleicht glaubt er ja wirklich, es genüge, „wenn wir miteinander sagen, wir müssen das packen“.</p>
9	15:40	1'40"	Will fragt Maschmeyer, ob er Schreiners Meinung teile, „die Starken müssten jetzt mehr schultern“.	Maschmeyer bejaht und erläutert, dass „vor allem in Amerika“ „Investmenthaie“ „wundersame Instrumente der Geldvermehrung geschaffen“ hätten, die nun „geplatzt“ seien.	
10	17:20	2'14"	„Ich wundere mich jetzt ein bisschen, Herr Maschmeyer“: Maschmeyers „Gewerbe“ bestehe doch darin, größtmögliche Renditen zu erzielen?	<p>Maschmeyer antwortet: „Größtmögliche Renditen heisst größtmögliches Risiko.“ Er sei „sehr konservativ in diesen Dingen“ und empfiehlt die Rückbesinnung auf solide Anlagestrategien.</p> <p>Maschmeyer befürwortet „gleiche Regeln weltweit für Wetten und für Risiken“.</p>	Es ist tatsächlich Maschmeyer, der als erster den Versuch unternimmt, die supranationale Regulierung der Finanzmärkte in die Diskussion einzuführen. Siehe auch Anne Wills prompte Fragestellung bei Nr.11.
11	19:34	1'27"	„Herr Schreiner: Würden Sie sagen, ein Finanzoptimierer ist Teil des Problems?“	Schreiner nimmt die Gelegenheit wahr, sich von Maschmeyer bestätigen zu lassen, dass die AWD-Kunden seriös betreut werden.	
12	21:01	2'02"	„Herr Schneider!“	Schneider hält es angesichts der sozialen Spaltung der Gesellschaft für möglich, dass die Finanzkrise zu einer politischen Krise führt: „Wenn die Menschen das Gefühl haben, hier wird überhaupt keiner zur Rechenschaft gezogen, dann ist das politische System erledigt.“ Fragen der Verteilungspolitik, insbesondere Erbschaftsteuer und Vermögensteuer, würden nun „ganz anders diskutiert werden als in der Vergangenheit“. Die Konjunktur müsse im nächsten Jahr vom Staat gestützt werden, so könne eine politische Krise abgewendet werden.	
13	23:03	2'02"	Will fragt Bischof Huber, was er „empfunden“ habe angesichts der Tatsache, dass die Evangelisch-lutherischen Kirche in Oldenburg für 4,3 Mio. Euro „Lehman-Papiere“ gekauft habe.	Huber ist „natürlich sehr betroffen und betrübt darüber, dass das passiert ist“. Die Oldenburgische Kirche habe aber bei ihrer Anlageentscheidung nicht unverantwortlich gehandelt.	
14	24:22	1'22"	Will möchte von Huber wissen, ob es „fair“ sei, diese Verluste den Kirchensteuerzahlern „zuzumuten“.	<p>Bischof Huber sieht keine Alternative, denn: „Die Kirche ist nichts anderes als die Kirchensteuerzahler.“</p> <p>Er erklärt nun allgemein: „Irren wird jedem von uns passieren, und wenn es passiert ist, muss man es eingestehen [...] und muss sagen, hoffentlich passiert es nicht wieder.“ Das bedeute Im Hinblick auf die Finanzmarktkrise: „Die Hilfsaktion im Augenblick ist das eine - die Befreiung der Marktwirtschaft von dieser Art von Kapitalismus ist das andere.“</p>	<p>Man darf sich von der Formulierung Bischof Hubers nicht irritieren lassen: Auch für ihn ist die Kirche bestimmt mehr ist als eine Vereinigung von Kirchensteuerzahlern.</p> <p>Huber bleibt jeden Hinweis darauf schuldig, wie er sich die „Befreiung [...] von dieser Art von Kapitalismus“ vorstellt. Und Anne Will verzichtet darauf, nachzufragen.</p>
15	25:44	1'23"	Filmbeitrag: „Wo sind sie denn eigentlich, die derzeitigen Bankenchefs?“ Die „wirklich Verantwortlichen“ träten nicht öffentlich auf, seit Wochen gebe es „nur Absagen“. Lediglich		

			Commerzbank-Chef Blessing habe Fehler eingeräumt. Abschließend wird die Frage aufgeworfen, ob der Verzicht auf Bonuszahlungen wohl ausreiche, „um das Vertrauen wiederherzustellen“.		
16	27:07	4'01"	„Herr Röttgen, wie haben Sie es empfunden? Ist es eine Showveranstaltung von Josef Ackermann [...]?“	Röttgen bedauert, dass „in dieser Woche die Banken ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden“ seien: „Die Akteure des Finanzmarktes“ hätten ihre Fehler aufarbeiten müssen. Die Banken hätten in der abgelaufenen Woche die „Kurzfristorientierung“ ihres Vergütungssystems abschaffen sollen. Ackermann Bonusverzicht sei „ein Hohn“. „Noch vor der Regulierung, die ich für notwendig halte, im Rahmen einer Sozialen Marktwirtschaft international kommt das Bekenntnis der handelnden Banker zu ihrer moralischen, ethischen und gesamtgesellschaftlichen Verantwortung. Regulierung, die beste staatliche Regulierung kann die moralische Bindung verantwortlicher handelnder Menschen nicht ersetzen.“ „Urgrund“ der Krise sei die „Hybris“ der Banker, die sich an nichts mehr gebunden geglaubt hätten, „nicht an Moral, und Gesetze gab es ohnehin nicht.“	Röttgens Optimismus ist bemerkenswert. Glaubt er tatsächlich, seine Kritik am moralischen Versagen der Banker werde bei diesen zu einer moralischen Erneuerung führen (siehe auch Nr.41)? Immerhin befürwortet Röttgen, wenn auch mit einer für seine Verhältnisse ungewöhnlich schiefen Formulierung, eine „Regulierung [...] im Rahmen einer Sozialen Marktwirtschaft international“. Man hätte sich von Röttgen noch Andeutungen gewünscht, wie CDU und CSU sich einen solchen supranationalen Regelungsrahmen und sein Zustandekommen vorstellen. Leider jedoch folgten nur weitere Ausführungen über den moralischen Tiefstand der Banker zu hören.
17	31:08	0'16	An Maschmeyer: Die Deutsche Bank werde die Staatshilfen nicht in Anspruch nehmen.		
18	31:24	0'34		Röttgen (unterbricht Anne Will): Es sei ein „weiterer schwerer Fehler“ Ackermanns, dass er mit diesem Verzicht die Situation ausnutze.	
19	31:58	1'45"	Will würde „aber dennoch“ gern „die Frage noch zu Ende stellen“: Ob Ackermanns persönlicher Verzicht auf die ihm zustehenden Bonus-Millionen Respekt verdiene?	Maschmeyer meint, man müsse sich über den Verzicht als „einen ersten Schritt in Richtung Relativierung“ freuen. Die Deutsche Bank habe vergleichsweise seriös gewirtschaftet. Ohnehin hätten diejenigen Banken, „die politisch beaufsichtigt werden“ den „meisten Blödsinn mit diesen Dingen“ gemacht: „Nicht umsonst“ würden sich die Landesbanken in der kommenden Woche „am lautesten melden“, um Staatshilfen in Anspruch zu nehmen.	Auch Maschmeyer hat also schon von der besonders empörenden Misswirtschaft bei den Landesbanken gehört.
20	33:43	0'46"		Schneider widerspricht (ungefragt): Die Deutsche Bank habe sich nicht verantwortungsvoller verhalten, sie habe nur geschickter „gedeutet“. Ackermanns „Unverschämtheit“ bestehe darin, den Bonusverzicht als „Zeichen persönlicher Solidarität“ zu deklarieren.	
21	34:29	1'48"	Will fragt Huber, ob es möglicherweise falsch sei, dass die von Ackermann zur Verfügung gestellten Bonusgelder an „verdiente Mitarbeiter der Deutschen Bank“ gehen sollten?	Huber antwortet, es sei falsch „erst recht deswegen“, weil Ackermann trotz nachweislicher besserer Einsicht das an kurzfristigen Erfolgen orientierte Bonussystem der Deutschen Bank nicht geändert habe, seien die Bonus-Millionen „als ein Beitrag zur Behebung dieser Bankenkrise“ zu verwenden. Am besten sollten die gesamten von der Deutschen Bank im vergangenen Jahr ausgereichten Bonuszahlungen diesem Zweck zugeführt werden.	
22	36:17	0'25"	Ein Ackermann-Zitat wird eingeblendet: „Der Wettbewerb um höhere Renditen hat die Menschheit weiter gebracht. Diesen Wettbewerb sollten wir auf keinen Fall aufgeben.“		

23	36:42	1'15"	„Herr Schreiner, hat er recht?“	Schreiner führt aus, die von Ackermann geforderten Jahresrenditen von 25 % seien eine „Irrsinnzahl“ und nur erreichbar auf Kosten der Beschäftigten und durch Spekulationsgeschäfte. Ackermanns Bonusverzicht sei „fast eine Beleidigung“. Schreiner schlägt vor, die schuldigen deutschen Bankmanager sollten den Teil ihrer Bezüge, um den diese das Gehalt des Präsidenten der Bundesbank überstiege, in einen Solidarfonds einzahlen.	
24	37:57	1'57"	Will fragt Röttgen, ob das Streben nach Renditen die Menschheit vorangebracht habe und ob Röttgen hoffe, dass „davon abgerückt“ werde?	Röttgen erklärt, das „Prinzip Wettbewerb“ habe die Menschheit vorangebracht. Das Streben nach maximalen Renditen „durch exzessives Risiko“ sei jedoch eine „Perversion“ des Wettbewerbsprinzips, es habe zu der jetzt geplatzten „Blase“ geführt.	
25	39:54	1'12"	„Herr Bischof Huber!“	Huber führt aus, das Streben nach maximalen Renditen, das nicht Risiken abschätze, sei „ganz klassisch ein Tanz ums Goldene Kalb“, „eine Vergötzung des Geldes“, die unweigerlich in eine Katastrophe führe.	
26	41:06	1'28"	An Maschmeyer: Ob es einen Wettbewerb „ohne ein Renditestreben“ geben könne.	Ein „seriöses Renditestreben“ könne zu Erträgen von etwa acht bis zehn Prozent jährlich führen.	
27	42:34	1'32"	An Röttgen: Was er über die Staatshilfen wisse, die die „Bayerische Landesbank“ voraussichtlich „ziehen“ werde?	Röttgen erklärt, er verdanke seine diesbezüglichen Kenntnisse der ausschließlich der „Tageschau“. Er ermuntert die Banken die angebotenen Staatshilfen in Anspruch zu nehmen.	
28	44:05	0'53		Maschmeyer sagt ungefragt: „Aber Wettbewerb und Wahlkampf ist in dem Fall das gleiche.“ Es gelingt Maschmeyer nicht, die durch diese Aussage hervorgerufene Irritation bei Will und Röttgen restlos zu beseitigen. Auch Maschmeyer hofft, dass „ganz schnell alle Banken, die Hilfe brauchen, sich melden“ und dabei nicht „quasi eine Bestrafung per Outing“ passiere. Die vom Staat „verbürgten“ Summen würden von den Banken „richtigerweise“ zum großen Teil „benötigt“ - „und zwar cash“.	
29	44:58	1'22		Bischof Huber beklagt, dass bei dem zwischen den Banken herrschenden Misstrauen Psychologie „in einer Weise eingesetzt“ werde, von der „wir als Bürgerinnen und Bürger sagen müssen: Das wollen wir nicht bezahlen, wir wollen nicht bezahlen, dass zusätzliche Risiken dadurch geschaffen werden, dass Banken miese übereinander reden anstatt dass sie wissen, sie sind alle Teile eines Kreislaufsystems [...] und dafür darf man nicht einzelne Akteure kurz und klein reden. Das geht nicht, das ist [...] kein fairer Wettbewerb. Und Fairness muss man beim Wettbewerb verlangen. Und wenn die Akteure ihn [sic] nicht selber bringen, muss der Staat ihn bringen. [...] Dann muss man sagen: Das ist notwendig, um die Marktwirtschaft zu retten vor solchen Manövern.“	Liebe Banken, aufgemerkt, ihr dürft nicht „miese übereinander reden“, ihr seid nämlich „alle Teile eines Kreislaufsystems“!
30	46:20	2:30	An Röttgen: „Darf ich noch einen Gedanken dazugeben, der zu dem passt, was Bischof Huber sagt [Anm.: wirklich?], nämlich, das hat nämlich Hans Werner Sinn, der Präsident des ifo-Instituts die Woche gesagt“: Prof. Sinn glaube nicht, dass eine Bank Staatshilfen in Anspruch nehmen werde, weil die Vorstände sonst eine Beschränkung ihrer Bezüge auf 500.000 Euro jährlich hinnehmen	Röttgen hat eine bessere Meinung von den Bankvorständen als Prof. Sinn. Er ist zuversichtlich, dass die Vorstände in der gegenwärtigen Krise nicht in erster Linie an ihren eigenen „kurzfristigen Erfolg“ denken. Bei den Hilfsmaßnahmen für die Banken gehe es schließlich nicht um Privatinteressen, sondern „um das öffentliche Gut des Funktionierens, der Stabilität der Märkte“ und somit um „unser aller Gemeinwohl“.	

			müssten.		
31	48:50	1'12"	Ob Maschmeyer es für wahrscheinlich halte, dass „jemand“ sein privates Interesse daran, mehr als 500.000 Euro zu verdienen, über die „Gemeinwohlinteressen“ stelle?	Maschmeyer kann sich das durchaus vorstellen, er nimmt Bezug auf den „charakterlichen Durchschnitt der Weltbevölkerung“. Wer eine Bank ruiniert habe wie der ehemalige HRE-Chef Funk, der nun eine Rente von 46.000 Euro monatlich beziehe, müsse davon einen Großteil zurückgeben, wenn er „noch aufrecht durch sein Dorf“ gehen wolle.	
32	50:02	1'16"		Schneider stellt (ungefragt) dar, dass viele Banken gezwungen seien, die Hilfe des Staates in Anspruch zu nehmen.	
33	51:18	1'40"	Ob Schreiner, der eine grundsätzliche Begrenzung der Managergehälter fordere, „auch“ an der Ehrlichkeit und Rechtschaffenheit der Manager zweifle?	Schreiner: „Nicht einmal so sehr.“ Wichtiger sei die Frage: „Wieviel soziale Ungleichheit verträgt die Demokratie?“ Er schildert die „Ausfransung“ des deutschen Arbeitsmarktes „nach unten [...] wie nach oben“, wie es sie in keinem anderen europäischen Land gebe. Hier müssten am oberen wie am unteren Ende „Schwellen eingezogen werden“.	
34	52:58	0'31"	Will erklärt, Grundprinzip des „Rettungspakets“ sei „Leistung nur gegen Gegenleistung“ und stellt sich die Frage, ob das, was für Hartz IV-Empfänger gelte, auch „für die Banker“ gelten solle.		
35	52:29	2'11"	Filmbeitrag: Eine Hartz IV-Empfängerin gibt Einblick in ihre Lebenssituation und ist empört, dass „für Banker“, die „selber schuld“ seien, 500 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt würden.		
36	54:40	1'51"	Will fragt Schreiner, ob der Vergleich der Hartz IV-Empfängerin mit „den Bankern“ gerechtfertigt sei?	Schreiner bejaht und kann die Verärgerung von Hartz iV-Berechtigten und (armen) Rentnern verstehen. Das inzwischen erreichte Stadium könne „demokratiegefährdend“ sein. Demokratie beruhe wesentlich „auch auf sozialem Ausgleich“. Es müsse über „neue Regeln für den Finanzmarkt“ gesprochen werden, die Bewältigung der Krise sei nicht nur eine moralische Frage (Röttgen nickt zustimmend). Schreiner schlägt vor: Erweiterung der Mitbestimmung, Einschränkung bzw. Verbot von spekulativen Finanzmarktprodukten und eine Kapitalverkehrssteuer.	Immerhin schafft es Schreiner noch, ein paar Vorschläge zur Neuordnung der Finanzmärkte zur Sprache zu bringen, bevor Anne Will einschreitet (Nr.37).
37	56:31	1'53"	Anne Will fragt Röttgen (indem sie Schreiner unterbricht), ob er Verständnis dafür habe, dass die im Filmbetrag (Nr.35) vorgestellte Hartz IV-Empfängerin „sauer“ darüber sei, dass ihr mehr zugemutet werde, als „anderen in der Gesellschaft“.	Röttgen kann es verstehen, man müsse aber „die Dinge auseinanderhalten“. Bei den hohen Managergehältern, die Röttgen für „sozialethisch falsch“ hält, gehe es um „privatrechtliche Entscheidungen“.	
38	58:24	1'05"	„Herr Schneider!“	Schneider führt aus, die hilfsbedürftigen Banken seien auch vom Staat abhängig und damit vergleichbar mit der Hartz-IV-Empfängerin.	
39	59:29	0'29"	Will fragt Röttgen, ob Manager auch, wie die Hartz IV-Empfängerin, mit ihrem Vermögen haften sollten?	Nach Röttgen gibt es bereits „solche Haftungstatbestände“. Auch müsse die „unternehmensinterne Aufsicht“ der Unternehmen verbessert werden.	
40	59:58	0'45"		Schneider meint (ungefragt), hilfsbedürftige Banken müssten, wie die	

				Hartz IV-Empfängerin, nötigenfalls gezwungen werden, Hilfen in Anspruch zu nehmen .	
41	60:43	2'32"	An Bischof Huber: „Gilt denn ‚Fördern und Fordern‘ nicht auch für die Einkommenseliten?“	<p>Nach Huber, der offenbar gegen die Fragestellung nichts einzuwenden hat, muss von den „Starken in dieser Gesellschaft [...] mehr gefordert werden“: „Und sich seitwärts in die Büsche rauszuschlagen ist unverantwortlich, widerspricht den einfachsten Grundsätzen einer Verantwortungsethik. [...] Wer eine solche herausragende Verantwortung hat, muss öffentliche Tugenden praktizieren und die auch erkennbar machen und dies gerade doppelt und dreifach in einer solchen Situation.“</p> <p>Die Bankvorstände (Anm.: nicht etwa der Staat!) sollen, so verlangt es Bischof Huber, durch ein „Kontrollsystem“ sicherstellen, dass „niemand in dieser Bank noch das Recht darauf hat, für die Allgemeinheit Risiken zu produzieren“. Huber fordert auch eine „vollständige Transparenz der Einkommenssituation [...] nicht nur der Bank-Manager, sondern aller DAX-Manager“. Bei diesen „Maßnahmen, die heute anstehen“ handle es sich um eine „Bringschuld der Unternehmen selber“, daneben „mag es ergänzend Rahmenregelungen geben, die die Politik und der Gesetzgeber [...] macht“.</p> <p>„Und ich erwarte wirklich von denjenigen, die stark sind in dieser Gesellschaft, weil ihnen viel anvertraut worden ist, dass sie Sensibilität zeigen für die Situation von Hartz IV-Empfängern [...]. [...] Sie müssen rechtfertigen, dass das, was sie verdienen, am Ende auch einen Vorteil erzeugt für die Hartz IV-Empfängerin [...].“</p>	<p>Bischof Huber setzt (wie Röttgen, siehe Nr.16) großes Vertrauen in die Wirkung eines Appells an die Moral der „Starken in dieser Gesellschaft“. Bankvorstände, die doch eben noch „ums Goldene Kalb“ tanzten (Nr.25), sollen nun brav Hubers Maßnahmenkatalog umsetzen - freiwillig natürlich.</p> <p>Ungleich misstrauischer blickt Huber auf die eingangs noch für ihre Handlungsfähigkeit hochgelobte Politik (Nr.7), die bei der Beseitigung der strukturellen Ursachen der Finanzkrise nach Hubers Vorstellungen allenfalls „ergänzend“ tätig werden soll.</p> <p>Die „Starken“ in unserer Gesellschaft werden sich die abschließenden Ermahnungen von Bischof Huber bestimmt zu Herzen nehmen. Das walte Gott!</p>
42	63:15		„Danke für dieses grandiose Schlusswort [Nr.41]. [...] Und wir haben zum Schluss einen kleinen Ausblick gewagt, wie es sein könnte. Nach der Vorstellung von Bischof Huber, der natürlich großes Gottvertrauen hat und daher viel Vertrauen in diese Debatte legt, könnte es ja ganz wunderbar enden.“		